

Jenseits von Frieden? Deutsches Engagement im Israel-Palästina-Konflikt

Bad Boll, 11. - 13. Mai 2007

Kompetenz und Leidenschaft zeichnete den pax christi-Kongress vom 11.-13. Mai gemeinsam mit der Evangelischen Akademie im württembergischen Bad Boll aus. Eindrucksvoll schilderte Husam Al Najar, der unter großen Schwierigkeiten aus Gaza ausgereist war, die soziale, wirtschaftliche und politische Katastrophe im besetzten Palästina. „Jenseits von Frieden“ wird die Besatzung zur Apartheid umgebaut, so die Analyse von Jeff Halper. Der Kongress mit 120 Teilnehmenden versammelte bedeutende Initiativen und Akteure, die in Deutschland für Frieden in Nahost arbeiten und leistete auch für pax christi eine wichtige Verständigung in der Orientierung an Völker- und Menschenrechten. Die Statements der Politiker zeigen eine sehr unterschiedliche und doch differenziertere Sicht als sie in der Schlusskontroverse wahrgenommen wurde. „Früchte“ des Kongresses waren eine Anzeige zum 40. Jahrestag der Besatzung und ein Brief von pax christi an die EKD und die Deutsche Bischofskonferenz, sich stärker für einen gerechten Frieden zu engagieren.

Jeff Halper

Von der Besatzung zur Apartheid

Täuscht euch nicht, in Israel/Palästina steht die Apartheid vor der Tür. Israel nennt seine Politik gegenüber den Palästinensern öffentlich „Separation“, und genau das heißt Apartheid auf Afrikaans. Die Mauer, die Israel in der besetzten Westbank und in Ostjerusalem baut, heißt offiziell „Separations-Grenze“. Zweitens wird die Trennung von Dominanz und Unterdrückung begleitet. Israel wird sich über 85% des gesamten Landes ausdehnen, sich alle Ressourcen und alle Souveränität aneignen (z.B. die Kontrolle des Waren- und Menschenverkehrs und der Grenzen), und die palästinensische Mehrheit in einen zersplitterten Bantustan-Staat ohne die geringsten Selbstbestimmungsrechte, Freiheit und Wirtschaft sperren. Wie Südafrika in den finsternen Tagen der Apartheid baut Israel ein permanentes Regime auf, dessen Prinzipien und Effekte denen der Apartheid gleichen.

Israel hat nur einen Ausweg: Es muss für seine Aktionen Verantwortung übernehmen. Obwohl Israel eine kleine lebenswichtige Friedensbewegung hat, bedeutet die Kombination aus Mystifizierung („Es gibt keinen Partner für den Frieden“), Verachtung, Erniedrigung und Dehumanisierung der Palästinenser, Selbstwahrnehmung der Israelis als Opfer und Vormachtstellung allumfassender „Sicherheits“-Fragen, dass wenig bis gar kein Spielraum für eine öffentliche Debatte existiert, die wirklich politische Änderungen herbeiführen könnte. Da die israelische Öffentlichkeit sich als Mitspieler zurückgezogen hat – außer in der passiven Unterstützung ihrer politischen Führung, die ein Programm von territorialer Expansion und Konfliktmanagement verfolgt,

– wird ein ernsthafter, gerechter und dauerhafter Frieden nicht in diese Region kommen ohne massiven internationalen Druck. Es bewegt sich etwas in dieser Richtung, da die Besatzung globale Größenordnungen erreicht und Kirchen, gemeinsam mit anderen Gruppen der Zivilgesellschaft, Kampagnen der Ablehnung und wirtschaftlicher Sanktionen erwägen – genau die Formen von gewaltlosem Widerstand, die von der Welt gefordert werden. Der Zionismus, der als Bewegung von Juden begann, die ihr Leben in die eigenen Hände nahmen, um ihr Schicksal selbst zu bestimmen, wurde ironischerweise zu einem Bündel von Ausreden, um Israelis davon abzuhalten, ihr Leben in die eigenen Hände zu nehmen. Diese Logik brachte uns fast bis zum Ende durch. Dann fand sich Israel vor der Wand wieder: Der Aufstieg der Hamas in eine Machtposition in der palästinensischen Autonomiebehörde und der traumatische „Nicht-Sieg“ über die Hisbollah. Beide Ereignisse entblößten die verhängnisvoll schwache Stelle der Nicht-Konflikt-Friedenspolitik. Die Palästinenser sind tatsächlich die Torwächter und die arabischen Regierungen, auf die Israel all seine Hoffnung gesetzt hatte, sind in Gefahr, hinweggeschwemmt zu werden von einer Welle des Fundamentalismus, größtenteils angeheizt von der Besatzung und von Israels Übereinstimmung mit dem amerikanischen Imperium. Friede, sogar ein minimal stabiler Nicht-Friede, kann nicht ohne Verhandlungen mit den Palästinensern erreicht werden, ein für alle mal. Der Krieg im

Lesen Sie weiter auf Seite 14

Libanon ließ Israel in den Abgrund blicken. Der Oslo-Friedensprozess ist vor sieben Jahren gestorben, die Roadmap-Initiative war eine Totgeburt.

Nur wenn die internationale Gemeinschaft – wohl eher unter der Führung Europas als der USA, die sich in dieser Hinsicht als hoffnungsloser Fall zeigen – beschließt, dass der Preis zu hoch ist und sich zu einer entschiedeneren Politik gegenüber der Besatzung durchringt, werden Israels Möglichkeiten zur Manipulation ein Ende finden. Das aktive Einschreiten der Zivilgesellschaft ist entscheidend. Die große Mehrheit der Israelis und Palästinenser

will eine Alternative mit zwei Gewinnern (win-win), basierend auf uneingeschränkten Menschenrechten, auf Einschließlichkeit, Gerechtigkeit, Frieden und Versöhnung. Wenn Israels Interesse daran schließlich geweckt ist, könnte es, trotz alledem, doch noch zum „Licht der Völker“ werden, das es schon immer sein wollte. Sagen Sie zu Israel: „Wir lieben Euch, wir garantieren Euch Sicherheit, aber die Besatzung muss enden.“

Professor Jeff Halper ist Direktor des Israelischen Komitees gegen Häuserzerstörungen (ICAHN).



Georg Meggle

„Nie wieder Täter“

Was sagen unsere eigenen moralischen Überzeugungen zu der Frage: Wie weit gehen unsere Holocaust-induzierten Pflichten gegenüber Israel wirklich?

„Nie wieder Auschwitz!“ Was heißt das? Man kann mit Michael Wolfssohn feststellen: Die deutsche Lehre aus Auschwitz ist: Nie wieder Täter. (Jedenfalls galt diese Lesart bis zum Kosovokrieg.) Die jüdische Lehre hingegen ist: Nie wieder Opfer.

Aber sind diese Haltungen auch die moralisch richtigen? Der einzige, der sich mit dieser Frage in der von mir organisierten Ringvorlesung Deutschland/Israel/Palästina wirklich auseinandergesetzt hat, war der Physiker, Geigenbauer und Auschwitzüberlebende Hajo Meyer. Er ergänzt die beiden Alternativen: Nie wieder Täter! Nie wieder Opfer! um die moralische Äquivalenz seiner eigenen Lebenserfahrungen: Nie (so werden) wie die Täter!

Er meint auch all die Täter, die schon vor 1941 den Juden und anderen deren Würde und deren Menschenrechte mit Füßen getreten hatten. Ich zitiere aus der Leipziger Vorlesung von Hajo Meyer (2005): „Wir Juden dürfen nie so werden wie unsere Unterdrücker. Sonst haben diese doch noch den Sieg über uns errungen; denn deren Ziel, von Vertreibung und späterer Vernichtung abgesehen, bestand ja gerade darin zu beweisen, dass wir minderwertig sind. Gibt man ihnen derart viel Recht, indem eine so große Fraktion der heutigen Juden praktisch kritiklos hinter der israelischen Unterdrückungspolitik steht, dann raubt man damit auch dem Tod der Opfer des Holocausts jeglichen Sinn. ... die Sinngebung des Sinnlosen [sollte] im Judentum eine völlig andere sein.“

Prof. Georg Meggle ist Philosophieprofessor in Leipzig.



Nicht weiter den Konflikt anheizen

Wie definieren Jüdinnen und Juden sich heute? Die zionistische Antwort auf diese Frage ist: Jude bedeutet, sich dem jüdischen Staat zugehörig zu fühlen. Heißt „zugehörig fühlen“ jede Maßnahme der israelischen Regierung zu unterstützen, insbesondere was das Vorgehen gegen die arabischen Palästinenser betrifft? Oder heißt „zugehörig fühlen“ sich dafür einzusetzen, dass der jüdische Staat gute Maßnahmen trifft? Was aber sind „gute“ Maßnahmen? Gut sind Maßnahmen doch offenbar dann, wenn sie 1) zielführend sind und 2) den Grundregeln menschlichen Zusammenlebens entsprechen.

ad 1) Zielführend heißt in diesem Fall: die Existenz Israels sichern. Nach Jabotinsky wird Israel seine Existenz dadurch sichern, dass es stark ist und die Araber dominiert. Nach Achad ha'Am, Herzl und Weizman wird Israel seine Existenz dann sichern, wenn es seine arabischen Mitmenschen und Nachbarn gut behandelt und Frieden und Ausgleich mit ihnen sucht. Das sind zwei verschiedene Wege, und wer sich „zugehörig fühlt“, wird sich zwischen ihnen entscheiden müssen.

Rolf Verleger

ad 2) Die Grundregel menschlichen Zusammenlebens ist der Kant'sche kategorische Imperativ: „Handle stets so, dass die Begründung Deines Handelns zum Maßstab für das Handeln anderer genommen werden kann.“ In Hillels Variante: „Was Dir verhasst ist, tu Deinem Nächsten nicht an.“ Die Behandlung der Palästinenser widerspricht auf den ersten Blick dieser Grundregel.

Wieso soll Deutschland für einen Juden immer noch „nicht mein Land“ sein? Wenn Judentum aus nichts anderem mehr besteht als aus der Zugehörigkeit zu Israel, dann kann man sich zu keinem anderen Land bekennen, dann ist Kritik an Israels Politik gleichzusetzen mit Verrat am Judentum, denn gemäß dieser Identitätsproblematik gibt es kein Judentum außerhalb der Unterstützung der Politik Israels. Das ist Nationalismus als Identität ersatz. Das ist nicht gut, denn übersteigerter Nationalismus hat schon andere Länder in den Abgrund geführt, und so könnte es auch Israel gehen.

Nichtjüdische Deutsche halten sich gegenüber der Politik Israels lieber heraus. Denn gerade wenn sie Werte von Anstand und Moral



Husam Al Najar und Jeff Halper, Georg Meggle, Rolf Verleger und Christina Pfestroff (v.l.n.r.) – ihre Beiträge initiierten eine leidenschaftliche Debatte um den Frieden in Nahost. Fotos: Martina Waiblinger

hochhalten, schämen sie sich für die deutschen Untaten unter dem Nazi-Regime und wollen daher keinesfalls vor sich selbst und anderen als Judenhasser dastehen.

Und so kann Israel die ärgsten Untaten begehen, kann in Gaza den Flughafen zerstören, das Auslaufen von Schiffen verbieten, das Elektrizitätswerk zerbomben, die Wasserversorgung klein drehen, Hunderte von Menschen inklusive Frauen und Kindern erschießen, mit Panzern die Straßen platt walzen, den Grenzübergang schließen, wenn Obst und Gemüse exportiert werden sollen, die Fabrik zerbomben, die Tausenden von Menschen Arbeit gab, – all dies unter dem Stichwort der Terrorbekämpfung, aber das offizielle Deutschland wird dazu nichts sagen. Stattdessen warten wir ab, ob wir die durch diese Untaten motivierten arabischen Desperados mit ihren Kofferbomben noch rechtzeitig erwischen, bevor sie diese Koffer in unsere Städte exportieren.

So kann es nicht weitergehen. Daher haben wir, 71 jüdische Erstunterzeichnende, die Berliner Erklärung „shalom 5767“ formuliert. Darin wenden wir uns ausdrücklich an die deutsche nicht-jüdische Bevölkerung: Bitte setzen Sie sich dafür ein, dass die deutsche Regierung und die EU Politik für einen gerechten Frieden in Israel und Palästina macht und nicht weiter durch einseitige Unterstützung der israelischen Besetzungs- und Unterdrückungspolitik den Konflikt immer weiter anheizt. Dass das Judentum eine Religion der Gerechtigkeit und Nächstenliebe bleibe – oder leider muss man sagen: wieder werden möge. Denn das Judentum, meine Heimat, ist in die Hände von Leuten gefallen, für die Volk und Nation die höchsten Werte sind anstatt Gerechtigkeit und Nächstenliebe.

Prof. Rolf Verleger ist Initiator der Initiative Schalom 5767 und Mitglied des Zentralrats der Juden.



EU nimmt Völkerrechtsbruch hin

Christina Pfestroff

Auch Drittstaaten sind mitverantwortlich, dass Mindeststandards für bewaffnete Konflikte und Besatzung eingehalten werden, betonte Christina Pfestroff in ihrem Referat zur Rolle Deutschlands und der EU im israelisch-palästinensischen Konflikt. Die EU-Staaten sind durch EU-Recht verpflichtet, Völkerrecht einzuhalten und können nicht in Feldern mit Partnerländern zusammenarbeiten, in denen sie mitverantwortlich für Völkerrechtsbrüche würden. Doch die EU nimmt stillschweigend hin, dass Israel die völkerrechtswidrigen Siedlungen wie sein eigenes Staatsgebiet behandelt. Die pax christi-Forderung, Israels Aufnahme in das euro-mediterrane Freihandelssystem an die Bedingung zu knüpfen, dass Israel für Waren aus Siedlungen in den besetzten Gebieten nicht mehr „Israel“ als Ursprungsbezeichnung angibt, wird nicht eingelöst.

Da Israel nach dem Gaza-Teilrückzug weiter Land- und Seegrenzen, Luftraum, Personen- und Warenverkehr, Energiezulieferungen, Post- und Telekommunikationswesen sowie das Einwohnerregister kontrolliert und militärische Zugriffsmöglichkeit hat, kann nicht vom Ende der Besatzung gesprochen werden.

Die EU hat ein Recht darauf, dass Investitionen in den besetzten Gebieten vor rechtswidriger Gewalt geschützt werden. Ein Beispiel: Bei Militäroperationen wurde im Juli 2006 das zentrale Elektrizitätswerk des Gazastreifens zerstört. Als Hunderttausende Palästinenser ohne Strom waren und durch den Ausfall von Pumpen das Frischwasser in Gaza knapp wurde, finanzierte die EU

kurzfristig Treibstoffe. Damit konnte die Notstromversorgung von Krankenhäusern und wichtigen öffentlichen Gebäuden gesichert werden, ohne dass Israel für die Folgen seines Militärschlags einstehen musste.

Dr. Christina Pfestroff ist Theologin und Referentin bei Misereor und dem Evangelischen Entwicklungsdienst. Sie ist Mitglied der Nabostkommission von pax christi.

Weitere Informationen: www.eed.de/voelkerrecht-nahost; www.misereor.de; www.euromedrights.net

Ein gemeinsamer Tagungsband von Akademie und Nahostkommission zum Kongress in Bad Boll kann im pax christi-Sekretariat bezogen werden. Im April führte die Kommission eine gemeinsame Tagung mit der Katholischen Akademie des Bistums Essen und dem Institut für Theologie und Frieden der Katholischen Militärseelsorge zum Beitrag der Religionen zur Konflikt-Deeskalation durch (www.die-wolfsburg.de). Vom 1.-4. November 2007 veranstaltet die Kommission eine gemeinsame Tagung mit der Katholischen Akademie Aachen und den Trägern des Ökumenischen Friedensdienstes in Palästina und Israel.



Bewegung in der Nahostpolitik?

Sieben Arbeitsgruppen formulierten Forderungen an Politik und Gesellschaft. Dazu gehört die sofortige Aufgabe der israelischen Besatzung und Realisierung eines palästinensischen Staates, der Ausbau von Friedensdiensten vor Ort, die Förderung von Reisen nach Israel und besonders nach Palästina, der Stopp deutscher Rüstungsexporte in dieses Spannungsgebiet; konsequente Kennzeichnungspflicht und Kaufboykott von Produkten aus den besetzten Gebieten sowie Kritik an der Mauer und ihrem Verlauf auf palästinensischem Gebiet. Die CDU/CSU war nicht vertreten. Die folgenden Auszüge aus den Statements stellte Odilo Metzler zusammen.

„Keine Gegnerschaft zu Israel“

Die israelische Besatzungspolitik ist nicht akzeptabel. Notwendig ist, statt der unilateralen Trennung, wieder ein vernünftiger Dialog. Dass man dabei Hamas ausgrenzt, halte ich politisch-strategisch für falsch. Was nach Hamas kommt, ist vermutlich schwieriger. Wahrscheinlich kann nur Hamas auf dieser Seite einen Frieden schließen, der zu einer einigermaßen Stabilität führt. Dieser Friedensprozess kann von außen unterstützt werden, und wenn Deutschland dies aus einer Gegnerschaft zu Israel versuchen würde, ist es von vornherein zum Scheitern verurteilt, auch aufgrund unserer geschichtlichen Verantwortung.

Ich bekenne mich ausdrücklich auch zu einer Rüstungszusammenarbeit mit dem Staat Israel. Deutschland liefert nicht alles. Deutschland hat U-Boote an Israel geliefert und teilweise Hochtechnologie in sehr enger Kooperation im Kommunikationsbereich. Aber wir liefern keine Waffensysteme, die im offensiven Sinn in den palästinensischen Gebieten eingesetzt werden können.

Rainer Arnold, MdB, Verteidigungspolitischer Sprecher, SPD

„Forderungen an beide“

Wir haben es mit einer Besatzung zu tun und einem Mauerbau, und eine israelische Kommission sagt, es gab gravierende Menschenrechtsverletzungen an inhaftierten Palästinensern. Wir haben auf der anderen Seite aber einen ständigen Raketenbeschuss aus den palästinensischen Gebieten und immer wieder Selbstmordattentate. Das prägt das Lebensgefühl, und damit muss eine israelische Regierung umgehen, die ja Rückhalt braucht für das, was sie möglicherweise an Friedenschritten einleitet.

Oslo ist gescheitert, der unilaterale Rückzug aus Libanon, aus Gaza hat keinen Frieden gebracht. Die palästinensische Einheitsregierung hat statt eines umfassenden Gewaltverzichts das Recht auf Widerstand, wie sie es nennt, bekräftigt. Wir müssen nach Wegen suchen, trotzdem voran zu kommen. Ein Friedensprozess wird nur funktionieren, wenn von beiden Seiten etwas kommt und eine Einbettung auch durch Gespräche mit Syrien usw. stattfindet. Unsere Forderungen, unsere Schritte müssen sich an beide richten.

*Birgitt Bender, MdB, Bündnis90/Die Grünen,
Mitglied der deutsch-israelischen Parlamentariergruppe*

„Gebietsausgleich und Minderheitenrechte“

Eine Mauer kann nur auf der grünen Linie von 1967 stehen. Wo das nicht möglich ist, muss es einen Landausgleich für die Palästinenser geben, fruchtbare Gegenden, damit niemand ins wirtschaftliche Nichts fällt. Wer als Tagelöhner nach Israel gefahren ist, muss Einkommensmöglichkeiten in Palästina finden.

Zwischen dem Gazastreifen und dem Westjordanland braucht es eine ungehinderte Verbindung. Jeder Palästinenser muss zu jedem Punkt im Westjordanland kommen können. Dann kann man schrittweise überlegen: Was machen wir aus den Siedlungen? Man kann nicht 200.000 oder mehr Menschen in das israelische Kernland umsiedeln, aber sie können auch nicht als Sperrriegel in dem gesamten Gebiet fungieren. Vielleicht nimmt man im Norden einen Gebietszuschlag zu Palästina, wo arabische Israelis wohnen. In beiden Staaten muss es Minderheitenrechte nach dem Standard der OSZE geben. Dann können Juden in Palästina leben, weil es Religionstoleranz gibt. Davon sind wir noch weit entfernt. Momentan ist es wichtiger, zu einer Trennung zu kommen.

Prof. Dr. Berthold Meyer, Bundesausschuss für internationale Politik der FDP

„Unsere historische Verantwortung nicht wahrgenommen“

Wir haben eine besondere Verantwortung gegenüber Israel, aber auch in Bezug auf das, was Israel verursacht hat. Diese Verantwortung haben wir überhaupt nicht wahrgenommen.

Die Besatzungspolitik ist ein permanenter Prozess des Landraubs und der Landnahme. Die Siedlungspolitik führt zu Bantustans und verhindert einen selbstständigen palästinensischen Staat. Auf der Basis des Gutachtens des Internationalen Gerichtshofs ist eine Mauer nur auf der grünen Linie möglich. Das haben wir nie durchgesetzt. Die rot-grüne Regierung wollte verhindern, dass der IGH überhaupt ein solches Rechtsgutachten macht. Als ich im Auswärtigen Ausschuss gefordert habe, die demokratische Wahl in Palästina anzuerkennen, sind alle Parteien über mich hergefallen. Die Realität hat jetzt dazu geführt, dass auch alle anderen sagen, wir müssen wohl mit Hamas reden.

Es ist politisch irrsinnig, die Situation durch Rüstungsexporte zu verschärfen. Die Dingos ermöglichen, in den besetzten Gebieten Gefangene zu machen. 8- bis 9.000 sind zum Teil schon monatelang ohne jegliche juristische Begleitung. Die U-Boote sind nicht einfach Verteidigungswaffen, sondern sie sind bestückt mit Abschussmöglichkeiten für Atomwaffen.

Prof. Dr. Norman Paech, MdB, Außenpolitischer Sprecher Die Linke.

Herausgeber- und Bestelladresse:

Sonderdrucke der Kongress-Beilage können für 1 Euro bzw. 0,50 Euro ab 10 Expl. bestellt werden im:
pax christi-Sekretariat, Postfach 1345, 61103 Bad Vilbel,
Tel. 06101-2073,
E-mail: sekretariat@paxchristi.de
Alle Beiträge sind auch auf der Homepage
www.paxchristi.de/kongress2007 zu finden.

Verantwortlich für diese Einlage:

Odilo Metzler